

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Susanne Ferschl, Jessica Tatti, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Nicole Gohlke, Ates Gürpınar, Jan Korte, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Heidi Reichinnek, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Größe und Bewältigung des Fachkräftemangels in Deutschland

Die Bundesregierung hat im Oktober 2022 eine Fachkräftestrategie vorgelegt. Sie will damit „den Herausforderungen für die Fachkräftesicherung und den Arbeitsmarkt in Deutschland“ begegnen. Diese seien im Zuge der „langfristigen und tiefgreifenden Transformationsprozesse, der Digitalisierung, des demografischen Wandels und der Dekarbonisierung“ gewachsen, die „mit zunehmender Dynamik den Wirtschaftsstandort Deutschland“ verändern würden.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung formulierte im November 2022 in seinem Jahresgutachten in einem eigenen Kapitel über „Fachkräftesicherung: Handlungsoptionen bei Weiterbildung und Erwerbsmigration“ eine gleichgelagerte Problemstellung: „Die Transformation zu einer klimaneutralen und digitaleren Wirtschaft verändert die Nachfrage nach Tätigkeiten und Qualifikationen. Während in manchen Bereichen Arbeitsplätze entfallen, werden an anderer Stelle neue Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig wird das inländische Erwerbspersonenpotenzial aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren erheblich sinken. Um die Arbeitsnachfrage bedienen zu können und zu verhindern, dass im Strukturwandel Arbeitslosigkeit entsteht, sind eine zielgerichtete berufliche Weiterbildung sowie eine gesteuerte Erwerbsmigration unverzichtbar.“ DIE LINKE. begrüßt grundsätzlich, dass die Bundesregierung tiefgreifenden Fehlentwicklungen in der Vergangenheit, die nach Meinung der Fragestellerinnen und Fragesteller auch jetzige Regierungsparteien mitzuverantworten haben, begegnen möchte. So war die nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller auf Niedriglöhne und unsichere Arbeitsverhältnisse setzende Agenda 2010, namentlich Hartz IV, sicherlich nicht dazu geeignet, die Fachkräfteentwicklung zu fördern, sondern auch in dieser Frage kontraproduktiv. Gleiches gilt nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller für die Bildungspolitik, die zwar vorrangig in Länderverantwortung liegt, aber unter anderem auch durch die engen Grenzen der Schuldenbremse in Mitleidenschaft gezogen wird. Seit langer Zeit verlassen Jahr für Jahr zehntausende Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Damit bleibt ihnen in der Regel auch eine Berufsausbildung verwehrt. Zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen wiederum haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Bezogen auf alle Arbeitslosen, also auch die, die weniger als ein Jahr keinen Job hatten, lag der Anteil derer, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, im Jahr 2021 bei 20,6 Prozent ([https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/faktencheck/faktencheck-544.html#:~:text=La ut%20Definition%20gelten%20diese%20Menschen,Langzeitarbeitslose%20hat](https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/faktencheck/faktencheck-544.html#:~:text=La%20Definition%20gelten%20diese%20Menschen,Langzeitarbeitslose%20hat)

ten%20eine%20akademische%20Ausbildung). Es ließen sich aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller viele weitere Regierungsdefizite aufzählen, die sich negativ auf die Fachkräftebasis und eine angemessene Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials auswirken. So sollen laut Bertelsmann-Stiftung 2023 384 000 Kita-Plätze fehlen. Umso mehr gilt es, eine realistische Einschätzung des Fachkräftemangels und der Lösungsansätze zu treffen. Darauf richtet sich diese Kleine Anfrage.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Bei welchen Berufen liegt nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der offenen Stellen in Deutschland, erstens, über der Zahl der Arbeitslosen und, zweitens, über der Zahl der weiter gefassten Unterbeschäftigten sowie, drittens, über der Zahl der Arbeitsuchenden (Arbeitslose und nichtarbeitslose Arbeitsuchende; bitte systematisch als jeweilige Gegenüberstellung von Zahl der offenen Stellen, Zahl der Arbeitslosen, Zahl der Unterbeschäftigten, Zahl der Arbeitsuchenden und die jeweilige Differenz zwischen der Zahl der offenen Stellen und der Zahl der erfragten Vergleichsgröße ausweisen und bitte nach Bund, Ost- und Westdeutschland, Bundesländern sowie Landkreisen und kreisfreien Städten, jeweils getrennt nach: Berufshauptgruppe, Berufsgruppe, Berufsuntergruppe, Berufsgattung; Wert Dezember 2021 und Jahresdurchschnitt 2021 sowie Januar 2022 bis zuletzt verfügbarem Monat 2022 aufschlüsseln)?
2. Bei welchen Berufen liegt nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der offenen Stellen in Deutschland, erstens, unter der Zahl der Arbeitslosen und, zweitens, unter der Zahl der weiter gefassten Unterbeschäftigten sowie, drittens, unter der Zahl der Arbeitsuchenden (bitte systematisch als jeweilige Gegenüberstellung von Zahl der offenen Stellen, Zahl der Arbeitslosen, Zahl der Unterbeschäftigten, Zahl der Arbeitsuchenden und die jeweilige Differenz zwischen der Zahl der offenen Stellen und der Zahl der erfragten Vergleichsgröße ausweisen und bitte nach Bund, Ost- und Westdeutschland, Bundesländern sowie Landkreisen und kreisfreien Städten, jeweils getrennt nach: Berufshauptgruppe, Berufsgruppe, Berufsuntergruppe, Berufsgattung; Wert Dezember 2021 und Jahresdurchschnitt 2021 sowie Januar 2022 bis zuletzt verfügbarem Monat 2022 aufschlüsseln)?
3. Wie viele Berufe sind jeweils von Frage 1 betroffen, und wie viele von Frage 2?
4. Wie stellen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die in den Fragen 1 und 2 erfragten Größen für Handwerksberufe, in Bauberufen, in Pflegeberufen, in weiteren Gesundheitsberufen, in Verkaufsberufen sowie bei Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrern im Güterverkehr dar, die die Bundesregierung in ihrer Fachkräftestrategie als besonders betroffen von bundesweiten Engpässen für Fachkräfte hervorhebt, sowie in der Informations- und Kommunikationstechnik, in der Bauplanung und Bauüberwachung sowie bei Meisterinnen und Meistern in Handwerksberufen, bei Experteninnen und Experten in ärztlichen Berufen, bei Apothekerinnen und Apothekern, Pharmazeutinnen und Pharmazeuten sowie in IT-Berufen, die die Bundesregierung ebenfalls in ihrer Fachkräftestrategie explizit nennt?
5. Wie stellen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die in den Fragen 1 und 2 erfragten Größen für das Berufsaggregat „MINT-Berufe“ dar?
6. Bei welchen Berufen herrscht nach Kenntnis der Bundesregierung Fachkräftemangel, und nach welchen Kriterien genau kommt die Bundesregierung zu ihrer Einschätzung hierzu?

7. Wie viele Arbeitslose, Unterbeschäftigte und Arbeitsuchende gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Berufen, in denen nach Kenntnis der Bundesregierung Fachkräftemangel herrscht (Wert Dezember 2021 und Jahresdurchschnitt 2021 sowie Januar 2022 bis zuletzt verfügbarem Monat 2022 und bitte nach Bund, Ost- und Westdeutschland, Bundesländern sowie Landkreisen und kreisfreien Städten, jeweils getrennt nach Berufshauptgruppe, Berufsgruppe, Berufsuntergruppe, Berufsgattung aufschlüsseln)?
8. Wie viele Beschäftigte arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung in Fachkräftengpassberufen, in denen nach Kenntnis der Bundesregierung Fachkräftemangel herrscht (Wert Dezember 2021 und Jahresdurchschnitt 2021 sowie Januar 2022 bis zuletzt verfügbarem Monat 2022 und bitte nach Bund, Ost- und Westdeutschland, Bundesländern sowie Landkreisen und kreisfreien Städten, jeweils getrennt nach Berufshauptgruppe, Berufsgruppe, Berufsuntergruppe, Berufsgattung und nach Frauen, Männern, Teilzeit, Vollzeit aufschlüsseln)?
9. Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der in den Fragen 1 bis 8 gestellten Fragen bezogen auf die sogenannte Stille Reserve, auf die die Fachkräftestrategie der Bundesregierung auch explizit zielt („... Vor dem Hintergrund zunehmender Fachkräftengpässe lohnt es sich, viel stärker als bisher in die Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen arbeitsloser Personen oder der Stillen Reserve zu investieren ...“)?
10. Welche Maßnahmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen Jahren konkret ergriffen, um Arbeitslose und Unterbeschäftigte sowie Menschen in der Stillen Reserve gezielt und wirksam für Berufe zu schulen und auszubilden, insgesamt und mit besonderem Blick auf diejenigen Berufe, in denen die Zahl der offenen Stellen höher liegt als die Zahl der Arbeitslosen; welche Maßnahmen hat die jetzige Bundesregierung bisher konkret ergriffen?
11. Wie viele Arbeitslose und Unterbeschäftigte sowie Menschen aus der Stillen Reserve wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen Jahren durch Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit in Berufen geschult, in denen nach Kenntnis der Bundesregierung Fachkräftemangel herrscht (bitte auch für den Zeitraum Januar 2022 bis zuletzt verfügbarem Monat 2022 aufschlüsseln)?
12. Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung, erstens, die Arbeitslosenquoten für die einzelnen Berufe und, zweitens, die Unterbeschäftigungsquoten für die einzelnen Berufe (bitte nach Bund, Ost- und Westdeutschland, Bundesländern sowie Landkreisen und kreisfreien Städten, jeweils getrennt nach: Berufshauptgruppe, Berufsgruppe, Berufsuntergruppe, Berufsgattung; Wert Dezember 2021 und Jahresdurchschnitt 2021 sowie Januar 2022 bis zuletzt verfügbarem Monat 2022 aufschlüsseln)?
13. Bei welcher Arbeitslosenquote ist nach Auffassung der Bundesregierung Vollbeschäftigung gegeben, hat sie hierfür eine Berechnungsmethode und eine konkrete Zahl, und hat sie ein entsprechendes quantitatives Vollbeschäftigungsziel?
14. Inwieweit begründen nach Kenntnis der Bundesregierung niedrige Löhne und allgemein unattraktive Arbeitsbedingungen, dass offene Stellen unbesetzt bleiben, und inwieweit trägt die Bundesregierung dem Rechnung?
15. In welchen Berufen sind nach Kenntnis der Bundesregierung insbesondere niedrige Löhne und unattraktive Arbeitsbedingungen dafür verantwortlich, dass offene Stellen unbesetzt bleiben?

16. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung in den von der Frage 1 betroffenen Berufen der Durchschnittslohn, die Arbeitszeit, die Zahl der Überstunden, die Zahl der Krankmeldungen jeweils im Vergleich zu den Durchschnittsgrößen für alle Berufe insgesamt und aufgeschlüsselt nach Frauen, Männern, Teilzeit, Vollzeit?
17. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung in den von der Frage 2 betroffenen Berufen und Berufsgruppen der Durchschnittslohn, die Arbeitszeit, die Zahl der Überstunden, die Zahl der Krankmeldungen jeweils im Vergleich zu den Durchschnittsgrößen für alle Berufe insgesamt und aufgeschlüsselt nach Frauen, Männern, Teilzeit, Vollzeit?
18. Wie wirkt sich nach Kenntnis der Bundesregierung eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf die Arbeitsnachfrage aus, und welche Konsequenzen hat es nach Kenntnis der Bundesregierung, wenn das Arbeitsangebot gleichzeitig steigt?
19. Wie schätzt die Bundesregierung den Einfluss der Fachkräftestrategie der Bundesregierung auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Bundesländern ein, die durch sie möglicherweise Fachkräfte verlieren und die somit nicht mehr der Entwicklung der dortigen Volkswirtschaften zur Verfügung stehen?
20. Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit aus dem Mai 2022, dass „man in Deutschland weder von einem allgemeinen Arbeitskräftemangel noch von einem umfassenden Fachkräftemangel sprechen“ kann (Bundesagentur für Arbeit, Fachkräfteengpassanalyse 2021, Berichte, Blickpunkt Arbeitsmarkt, Mai 2022, https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html;jsessionid=04B172C8237EFC698AE9F76003038A50?nn=27096&topic_f=fachkraefte-engpassanalyse)?
21. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zum Fachkräftemangel: „dass die Klagen der Unternehmer über den Fachkräftemangel ein Ausdruck ihres Bestrebens sind, die Arbeitskosten niedrig zu halten. Ursächlich ist also kein Mangel an Fachkräften, sondern an Zahlungsbereitschaft. Eine Einwanderungspolitik, die den deutschen Niedriglohnsektor mit niedrig entlohntem Personal versorgen soll, ist ökonomisch schädlich und gefährdet die gesellschaftliche Akzeptanz einer tatsächlich wünschenswerten Einwanderung von Fachkräften. Eine Anwerbung von Arbeitskräften für Tätigkeiten mit niedrigen Qualifikationsanforderungen sollte daher unterbleiben.“ (Eric Seils, Mangel an Fachkräften oder Zahlungsbereitschaft, Eine Analyse von Daten des DIHK, WSI Report Nummer 41, August 2018, https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_41_2018.pdf)?
22. Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Qualifikationsniveaus von EU- bzw. Drittstaatsangehörigen in Deutschland, und auf welchem Qualifikationsniveau arbeiten sie in Deutschland?
23. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Anteile von EU- bzw. Drittstaatsangehörigen in Deutschland, die, erstens, im Niedriglohnsektor, zweitens, befristet, drittens, in Leiharbeit arbeiten, und wie hoch sind im Vergleich dazu die Anteile deutscher Arbeitnehmer?
24. Wie viele EU- bzw. Drittstaatsangehörige haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und Januar 2022 bis zuletzt verfügbarem Monat jeweils an Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit teilgenommen, wie viele der Drittstaatsangehörigen hatten dabei einen Aufenthaltstitel auf Grundlage

- von § 17a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), und welche waren die Hauptherkunftsländer?
25. Welche Rolle spielt der „WHO Global Code of Practice on the International Recruitment of Health Personnel“ für die Bundesregierung in der Anwerbung von Fachkräften der Gesundheitsberufe aus dem Ausland?
 26. Wie konkret verändert nach Kenntnis der Bundesregierung die Transformation zu einer klimaneutralen und digitaleren Wirtschaft die Nachfrage nach Tätigkeiten und Qualifikationen, in welchen Bereichen fallen Arbeitsplätze nach Kenntnis der Bundesregierung weg, in welchen Bereichen werden neue Arbeitsplätze geschaffen?
 27. Welche konkreten Probleme bzw. Herausforderungen stellen sich nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Weiterbildung mit Blick auf einen Fachkräftemangel, und wie will sie diese konkret adressieren (z. B. fehlende Kapazitäten und Zeit für die Freistellung von Beschäftigten nach Branchen, Betriebsgrößen, starke regionale Heterogenität)?
 28. Welche konkreten Probleme bzw. Herausforderungen stellen sich nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Erwerbsmigration mit Blick auf einen Fachkräftemangel, und wie will sie diese konkret adressieren?
 29. Welches Potenzial besteht nach Kenntnis der Bundesregierung für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, und wie kann dies mit Blick auf einen Fachkräftemangel helfen?
 - a) Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote und Arbeitslosenquote sowie die Stille Reserve von Frauen, und wie hoch liegen diese insgesamt und für Männer?
 - b) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die unfreiwillige Teilzeitquote von Frauen, und wie hoch ist diese insgesamt und für Männer?
 - c) Wie viele Kita-Plätze fehlen nach Kenntnis der Bundesregierung, und in welchem konkreten Zeitraum soll dies überwunden werden?
 30. Welches Potenzial besteht nach Kenntnis der Bundesregierung für eine höhere Erwerbsbeteiligung der Altersgruppe 55 Jahre und älter, und wie kann dies mit Blick auf einen Fachkräftemangel helfen?
 - a) Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote, Erwerbslosenquote und Arbeitslosenquote sowie die Stille Reserve der Altersgruppe 55 Jahre und älter, und wie hoch liegen diese insgesamt und für jüngere Altersgruppen?
 - b) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die unfreiwillige Teilzeitquote in der Altersgruppe 55 Jahre und älter, und wie hoch ist diese insgesamt und in jüngeren Altersgruppen?
 31. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Sozialpartner konkret zu unterstützen, damit diese, wie es in der Fachkräftestrategie heißt, „ihre Anstrengungen fortsetzen, um Arbeit in den Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen zukunftsfest, inklusiver, familienfreundlicher und gesünder zu machen“?
 32. Welche Rolle spielen nach Kenntnis der Bundesregierung die Betriebsräte in den Betrieben bzw. Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung, und welche Unterschiede gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen Betrieben bzw. Unternehmen mit und ohne Betriebsrat bei der Bewältigung eines Fachkräftemangels; sind Betriebe bzw. Unternehmen mit und ohne Betriebsrat beispielsweise unterschiedlich vom Fachkräftemangel betroffen?

33. Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil von Betrieben bzw. Unternehmen ohne Betriebsrat an den Betrieben bzw. Unternehmen insgesamt (bitte auch jeweils die absoluten Zahlen nennen und die Entwicklung dieser Zahlen, soweit statistisch möglich, zurückreichend und bis zum aktuellsten Wert angeben)?
34. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Ausbildungsplätze und die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz in den vergangenen Jahren entwickelt (bitte als Zeitreihe ausweisen, als Gegenüberstellung insgesamt und nach Ausbildungsberufen und bitte für Deutschland insgesamt und Ost- und Westdeutschland sowie nach Bundesländern angeben)?
35. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Betriebe bzw. Unternehmen, die nicht selbst ausbilden, stärker vom Fachkräftemangel betroffen als Betriebe bzw. Unternehmen, die selbst ausbilden?
36. Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil von Betrieben bzw. Unternehmen, die nicht ausbilden an den Betrieben bzw. Unternehmen insgesamt (bitte auch jeweils die absoluten Zahlen nennen und die Entwicklung dieser Zahlen, soweit statistisch möglich, zurückreichend und bis zum aktuellsten Wert angeben)?
37. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen (bitte jährliche Zahlen, wenn möglich, von 1991 bis 2021 angeben)?
38. Wie hoch ist der Anteil von Arbeitslosen ohne Schulabschluss an den Langzeitarbeitslosen und den Arbeitslosen insgesamt, und wie hoch ist deren Arbeitslosenquote (bitte jährliche Zahlen, wenn möglich, von 1991 bis 2021 angeben)?
39. Wie hoch ist der Anteil von Arbeitslosen ohne Berufsausbildung an den Langzeitarbeitslosen und den Arbeitslosen insgesamt, und wie hoch ist deren Arbeitslosenquote (bitte jährliche Zahlen, wenn möglich, 1991 bis 2021 angeben)?
40. Was unternimmt die Bundesregierung ggf. auf Bundesebene, um die nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller dramatisch hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern, die Jahr für Jahr ohne Schulabschluss die Schule verlassen, zu senken, und inwieweit sieht sie sich in der Verantwortung, vor dem Hintergrund, dass aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller ein hoher Anteil der Langzeitarbeitslosen und ein hoher Anteil der insgesamt Arbeitslosen ohne Schul- und/oder Berufsausbildung ist?
41. Wie viele Menschen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen Jahren abgeschoben, obwohl sie einen Beruf oder eine Ausbildung ausübten (bitte als Zeitreihe ausweisen und für Deutschland insgesamt sowie Ost- und Westdeutschland und nach Bundesländern angeben)?

Berlin, den 25. November 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

